Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Geschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. für Handelsnachrichten 2c. 2c. bez. 30 Pf. — Mehrzeilige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 3096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tinckstrasse, Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. 6 Mal prämiirt, 80,000 Stück in Function. Kostenfreie Probe. Geräuschlose **Thürschliesser.** Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in größter Auswahl billigst! **Friedrich Gappisch** Königl. Sächs. Hoflieferant, DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben. Fabrik: Fischhofplatz.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager. Papier-Grosshandlung Am See 16 parterre u. I. Etg. Bedeutendstes Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Canzleipapiere, Schulliniaturen, Behördenpapiere, Couverts und Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Rollen, sowie aller in das Fach einschlagender Artikel. Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

Gewissenhaft, mässige Preise. **Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N.** Hauptstr. 4. Erwirkg. und Verwertg. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Musterausstellung Auskunft kostenlos. Telph. Amt II. Nr. 20. Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.

Tapeten. Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14. **Tapeten.**

Fussmaschinen für Platt-, Klumpfüsse, krumme, X-, verkürzte, gelähmte, kraftlose Beine, Knie- u. Hüftstützmaschinen, Kniestreckmaschinen, für Hüftgelenk-Entzündung u. Verrenkung etc. fertigt als Spezialität **Bandagist** und **Orthopäd** **M. H. Wendschuch sen., Marienstrasse 22b**

Nr. 87. Spiegel: Fall Delbrück, Samoafrage. Hofnachrichten, Staatsbahnen, Fernsprecheinrichtungen, Abiturienten, Vaterl. Festspiele. Palmsonntags-Concert, „Pfarrer von Kirchfeld", Geistliche Musikaufführung. | Wahrscheinl. Witterung: Trübe, mild, Regen. | **Dienstag, 28. März 1899.**

Mit dem 1. April beginnt die

Bezugszeit auf das II. Vierteljahr 1899

Der Bezugspreis für **Dresden** und die Vororte **Blasewitz, Plauen** und **Löbtau** beträgt

2 Mk. 50 Pfg.

Diejenigen **Postbezieher,** welche die Bestellung bei ihrer Postanstalt zum Preise von 2 Mark 75 Pf. noch nicht erneuert haben, wollen dies **sofort bewirken,** damit am 1. April in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Wohnungsveränderungen

bitten wir unter **genauer** Angabe der alten und neuen **Wohnung** möglichst schriftlich einige Tage vorher in der unterzeichneten Hauptgeschäftsstelle oder einer der Annahmestellen zu melden.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstrasse 38.

Annahmestellen für Anzeigen und Bezugsbestellungen:
Grosse Klostergasse 5. Johannes Pässler;
Königsbrückerstr. 39. Fritz Gilbers;
Ecke Pillnitzer- und Albrechtsstr., Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10. Erdmann Hindorf;
Schäferstr. 65. Gust. Seyler;
Uhlandstr. 17. Otto Bischoff;
Zöllnerstr. 12. Ecke Striesenerstrasse, Max Roll;
Merseburgerstr. 2, Otto Pilz;
In **Blasewitz: Tolkewitzerstr. 2,** Heinr. Niebling;
In **Löbtau: Wilsdrufferstr. 4,** C. A. Götze;
Dresdenerstr. 4. Max Jesch;
Reisewitzerstr. 31, Arthur Schmidt;
In **Plauen: Kirchstrasse 1** und **Reisewitzerstrasse 2c,** Arthur Matthaes.

Politisches.

Die Organe der Demokratie werden von dem Urtheile, das der Berliner Disziplinarhof gegen den Universitätsprofessor Dr. Delbrück gefällt hat, nicht gerade erbaut sein. Sie hätten es am liebsten gesehen, wenn ihr Schutzbefohlener mit der Entfernung aus seinem Amte als Universitätslehrer bestraft worden wäre, um dann ihren Hans Delbrück mit dem Aufgebot superlativer Entrüstung als Märtyrer seiner und zugleich ihrer eigenen Ueberzeugungen feiern und dabei das ganze Arsenal klangvoller Schlagwörter, als da sind Freiheit der Wissenschaft, mittelalterliche Reaktion, Geistesknechtschaft u. dergl. mehr, auskramen zu können. Nun ist aber Delbrück sehr glimpflich mit einem Verweis und 500 Mk. Geldstrafe weggekommen, und da werden selbst die naiven Gemüther des liberalen Spießbürgerthums nicht recht einsehen wollen, daß in diesem Falle ein „freier Arbeiter des Geistes", der nur die „reine Bergluft der Freiheit athmet", das Opfer der lichtscheuen Mächte der Finsterniß geworden ist.

Von Anfang an ist von der radikalen Presse die Wahrheit in dem Fall Delbrück entstellt oder verschleiert worden, indem man glauben zu machen suchte, daß es sich bei dem Disziplinarverfahren um einen Eingriff in die wissenschaftliche Wirksamkeit des Universitätsprofessors oder um eine Bedrohung der Freiheit der politischen Meinungsäußerung handle. Ein Kollege Delbrück's, Professor Paulsen, hat kürzlich erklärt, der Name Professor komme von profiteri her und das heiße frei und öffentlich bekennen, und der neugewählte Prorektor der Heidelberger Universität, Professor Osthoff, hat in einer Ansprache an die Studenten von dem Palladium der Denk- und Lehrfreiheit gesprochen und betont, daß für die Wissenschaft und ihre Pflege die uneingeschränkteste Freiheit des Forschens und Lehrens, die Freiheit der Aeußerung auch selbst für anstößig und unbequem erscheinende Lehrmeinungen unbedingt zu fordern sei. Man wird diesem Satze zustimmen und dennoch die Maßregelung des Herrn Prof. Dr. Delbrück für gerechtfertigt ansehen können. Die Bestrafung dieses Mannes hat mit der Freiheit wissenschaftlichen Forschens und Lehrens gar nichts zu thun; denn die Kritik Delbrück's, die zu dem Disziplinarverfahren geführt hat, war nicht ein Ergebniß wissenschaftlicher, sondern rein politischer Ueberzeugungen. Aber auch gegen die politischen Ueberzeugungen des Gemaßregelten ist das Verfahren nicht gerichtet gewesen. Ein Universitätsprofessor darf nimmermehr verhindert werden, seine politischen Ansichten rückhaltlos und freimüthig zu vertreten, und die preußische Regierung hat thatsächlich auch gar nicht daran gedacht, Herrn Prof. Delbrück die Freiheit der politischen Meinungsäußerung beschränken zu wollen. Das Disziplinarverfahren betraf nicht den Inhalt der scharfen Kritik, die Delbrück an den Ausweisungsmaßregeln der preußischen Regierung im nördlichen Schleswig geübt hat, sondern die Form dieser Kritik. Die Frage, ob gegen den Verfasser des fraglichen Artikels in den „Preußischen Jahrbüchern" disziplinarisch einzuschreiten sei, hätte überhaupt nicht aufgeworfen werden können, wenn in diesem Artikel nicht in einer geradezu unerhörten Weise die Schranken überschritten worden wären, die jeder Politiker von Takt und guter Erziehung, von Geschmack und vornehmer Gesinnung bei der Polemik stets innezuhalten pflegt. Diese Schranken zu respektiren, war Herr Prof. Dr. Delbrück als Staatsbeamter verpflichtet und zwar ganz besonders verpflichtet, weil er von Staatswegen mit dem Unterricht und der Erziehung der akademischen Jugend betraut ist. Indem er die preußische Regierung wegen der Ausweisungen in Nordschleswig der Begehung von brutalen Grausamkeiten und Verbrechen beschuldigte, die zum Himmel schreien und den Abscheu der gebildeten Welt erregen sollen, indem er sie auf eine Stufe mit greulichen Pfaffen, Ketzerriechern und Inquisitionsrichtern stellte, die im Namen des Heiligen ihre Schändlichkeiten verüben, und ihr einen wilden und verstockten nationalen Fanatismus vorwarf, der die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen tritt, hat er die Rücksicht auf das Amt, das er bekleidet, völlig außer Acht gelassen und so zweifellos gegen § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 über die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten in Preußen verstoßen. Dieser Paragraph verlangt ausdrücklich, daß der Beamte sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte des Ansehens, der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, würdig erzeige. Hätte Delbrück Das, was er in den „Preußischen Jahrbüchern" geschrieben hat, von einer Parlamentstribüne herab sagen wollen, so wäre er so oft zur Ordnung gerufen worden, daß ihm schließlich das Wort hätte entzogen werden müssen. Die Delbrück'sche Polemik unterscheidet sich in ihren zügellosen Extravaganzen in nichts von der Hetzerei der Umstürzler, und selbst die liberalste Nachsicht und Weitherzigkeit wird eine Regierung nicht von der Pflicht entbinden wollen, darüber zu wachen, daß Universitätslehrer unsere Jugend nicht nach sozialdemokratischem Muster zu bilden und zu erziehen suchen. Wäre Prof. Delbrück straflos geblieben, so wäre damit für die Staatsbeamten die Freiheit des Schmähens und Schimpfens sanktionirt worden.

So oft im Reichstage unser Staatssekretär des Aeußeren, Herr v. Bülow, die Fragen der auswärtigen Politik erörtert hat, ist von nationaler Seite die Anerkennung ausgesprochen worden, daß der Bismarck'sche Geist wieder in die Wilhelmstraße in Berlin eingezogen sei. Solche Anerkennung konnte bisher aber nur aus Worten, nicht aus Thaten hergeleitet werden, und es kommt jetzt in einzelnen nationalen Blättern sogar die Befürchtung zum Ausdruck, daß in unserem auswärtigen Amte der Caprivismus doch wohl noch nicht vollständig überwunden sei. Anlaß hierzu giebt die Samoafrage. „So ohne Saft und Kraft," schreibt die „Tgl. Rdsch.", „so ohne alle Energie und selbstbewußten Willen ist schon lange keine Frage der auswärtigen Politik mehr behandelt worden wie die Samoa-Angelegenheit, und es erhebt sich nur die sehnsüchtige Frage, ob unser Kaiser, der den Schutz der überseeischen Deutschen feierlichst mit seinem Kaiserwort zugesagt hat, Herrn v. Bülow, der offenbar für Samoa nichts übrig hat, noch lange wird schlafen lassen oder nicht?" Ein anderes, streng national gesinntes Blatt, die „Rh.-Westf. Ztg." meint: Auf Samoa wird so lange fortgewurschtelt, bis Deutschland und seine Ansprüche dort ganz und gar herausgewurschtelt sind. Solcher Pessimismus ist vor der Hand noch nicht begründet. Vor Allem ist zunächst der authentische Wortlaut und die Wirkung der Note abzuwarten, die unser Botschafter von Washington in der Samoa-Frage der nordamerikanischen Regierung überreicht hat. Wie es scheint, liegt dieser Note die Ueberzeugung, die in nationalen Kreisen längst obgewaltet hat, zu Grunde, daß nunmehr das Maß der Geduld und Nachgiebigkeit erschöpft ist, nachdem festgestellt worden ist, daß die Amerikaner und die Engländer fortgesetzt bestrebt sind, durch boshafte Chikanen und Vertragswidrigkeiten, die nahe an Vergewaltigung streifen, den Einfluß und die Interessen der Deutschen auf den Samoa-Inseln zu vernichten. In der Bittschrift, in der die Deutschen in Apia beim Reichskanzler dringend um nachdrücklichen Schutz ihrer Interessen vorstellig werden, ist nachgewiesen, daß eine gedeihliche Entwickelung Samoas auf dem Boden des zur Zeit noch bestehenden Berliner Vertrags vom Jahre 1889 unmöglich ist, daß durch diesen vielmehr unsere deutschen Interessen in Samoa in jeder Weise beeinträchtigt und systematisch untergraben werden müssen. Daß die Gleichberechtigung der deutschen Interessen mit denen der beiden anderen Vertragsmächte eine illusorische ist, haben die letzten Vorgänge in Apia gezeigt, und unser auswärtiges Amt sollte sich daher für verpflichtet halten, mit dem entschiedenen Protest gegen die neuesten englisch-amerikanischen Umtriebe und Rechtsverletzungen die nachdrückliche Forderung zu verknüpfen, daß eine Neuregelung der samoanischen Verhältnisse vorgenommen wird, dergestalt, daß das Uebergewicht des deutschen Elements auf der Inselgruppe zu voller Geltung und Wirksamkeit gelangt. Die englische Presse schwärmt in Uebereinstimmung mit unseren offiziös inspirirten Organen seit längerer Zeit von der englisch-deutschen Interessengemeinschaft, wie sie angeblich in dem noch immer geheim gehaltenen englisch-deutschen Kolonialabkommen zum Ausdruck gekommen sein soll. Sind die Freundschaftsbetheuerungen auf englischer Seite wirklich ernst gemeint, so begreift man nicht, warum die Engländer nach wie vor in Samoa mit den Amerikanern an einem Strange ziehen, und warum es den Leitern unserer auswärtigen Politik nicht gelingen sollte, das britische Wohlwollen für die deutschen Interessen so weit nutzbar zu machen, daß wenigstens England die gerechten Ansprüche der Deutschen anerkennt und sich nicht hartnäckig und hinterlistig gegen deren Wahrung sträubt. Ein entscheidender Erfolg der deutschen Politik in der Samoa-Frage thut noth, wenn das Vertrauen zu unserem auswärtigen Amte nicht bedenklich erschüttert werden soll. „Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Thaten seh'n!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. März.

Berlin. Zu dem Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem König von Sachsen am Tage der Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem wird der „Voit" aus Leipzig geschrieben: Da an dem Depeschenwechsel bereits konfessionelle und kirchenpolitische Kommentare geknüpft worden, sei darauf hingewiesen, daß Pfarrer v. Sydenwich sich für den Inhalt der Depesche nicht verbürgte. Er schreibt im „Nochlitzer Tageblatt", die Wiedergabe der Telegramme habe er mit den Worten eingeleitet: „Der Inhalt mag ungefähr so gewesen sein. Ihren Wortlaut kenne er nicht und gelesen habe er sie auch nicht." — Reichskanzler Fürst Hohenlohe begiebt sich morgen nach Baden-Baden, wo er die Ostertage verbringt. — Die deutsche Regierung hält in der Samoa-Angelegenheit durchaus an dem Berliner Vertrage fest. Im Verlaufe der Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten und mit England war von deutscher Seite allerdings u. A. auch die Theilung der Inseln unter die drei interessirten Mächte angeregt worden. Dieser Plan hat jedoch insbesondere bei England so wenig Anklang gefunden, daß er als aufgegeben angesehen werden kann. — Die bayerische Regierung hält, der „Nat.-Ztg." zufolge, Umfrage, welche darauf gerichtet ist, auch denjenigen bayerischen Hypothekenbanken, deren Pfandbriefen nicht die mündelmäßige Sicherheit zugesprochen ist, dieselben zu verleihen. Aehnliche Vorbereitungen sollen in anderen deutschen Staaten stattfinden. Das Blatt bedauert, daß die preußische Regierung bezüglich der Lösung dieser Frage für die preußischen Hypothekenbanken sich ganz unthätig verhalte. — Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Auer ist aus der Heil- und Pflege-Anstalt Pellingen als geheilt entlassen worden.

Berlin. Wie verlautet, hat Prof. Dr. Delbrück die politische Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" anderen Händen übergeben.

Berlin. Se. Majestät Schiff „Schwalbe" hat am 24. März den der Ostafrika-Linie gehörigen Dampfer „Setos" in hilfloser Lage mit gebrochenem Schraubenstuhl und Druckager in Lindi angetroffen und nach Sansibar geschleppt.

Kiel. Aus den Ostseebädern laufen weitere Unfallmeldungen ein. Von der Schoenebriga „Henriette" wurde ein Matrose über Bord gespült und ertrank. Der englische Dampfer „Laughton", der seit zwei Monaten von Newport mit Maisladung nach einem Ostseehafen unterwegs war, ist als verloren anzusehen.

Hamburg. Generalkonsul Alfred Beerp-Oswald, Chef der Firma Oswald u. Co., ist in Kiel am Herzschlag gestorben.

Hamburg. Nachdem die Altonaer Polizei in voriger Woche zwei Falschmünzer verhaftet hatte, entdeckte die Hamburger Polizei nunmehr eine ganze Falschmünzerbande. Drei Personen wurden verhaftet und zahlreiche Formen, Metallvorräthe, falsche fertige Drei- und Einmarkstücke beschlagnahmt. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Frankfurt a. M. In der Sonntagsnacht erschoß sich hier der frühere Rechtsanwalt und jetzige Schriftsteller Dr. Wilhelm Wolff, bekannt durch seine Lustspiele „Im Sonnenschein", „Nach Madrid", „Dingsda" 2c. Die Ursache des Selbstmords ist unbekannt. — Die „Frankf. Ztg." meldet aus Konstantinopel, daß Dr. Emin Pascha, der erste Chirurg des Palastes, auf die Anzeige seiner Frau, wonach ein Anschlag gegen das Leben des Sultans beabsichtigt gewesen sei, verhaftet und zu lebenslänglichem Exil verurtheilt wurde.

Meiningen. Paul Lindau tritt morgen eine Reise nach Spanien und dem Orient an; er läßt sich später in Berlin nieder.

Detmold. Die von der „Mindener Zeitung" gebrachte Nachricht über ein Interview bei Seiner Erlaucht dem Grafen Regenten von Lippe beruht von Anfang bis Ende auf freier Erfindung.

Wien. Der Kaiser empfing heute den deutschen Botschafter Grafen Eulenburg. — Die „Montagszeitung" meldet: Die Annahme, welche die Absicht der Regierung, die Sprachenfrage in Böhmen durch Verordnung mittelst des § 14 zu regeln, bei den Deutschen, namentlich aber auch bei den Jungczechen gefunden hat, bewegt die Regierung, wenn nicht von ihrer Absicht ganz abzulassen, doch mindestens deren Ausführung vorläufig zu verschieben. Der Reichsrath kann nunmehr erst im Herbst, hauptsächlich zur Wahl der Delegationen, zusammentreten. — Gestern fand im großen Musikvereins-Saal die Zuerkennung der von den Wiener Klavierfabrikanten Bösendorfer ausgeschriebenen drei Preise von 200, 120 und 80 Kronen für gangbare, leicht verständliche Klavierconcerte statt. Den ersten Preis erhielt Ernst v. Dohnanyi aus Budapest, den zweiten der Holländer Jan Brandts-Buys, den dritten Eduard Behm aus Berlin.

Pest. Der Abgeordnete Ugron steht im Begriff, eine Liga aus Mitgliedern aller Parteischattirungen zu bilden, deren einziges Programm die Errichtung des selbstständigen ungarischen Zollgebiets sein will.

Paris. Die vereinigten Kammern des Kassationshofes traten heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Mazeau zusammen und prüften in geheimer Militärsitzung das geheime Aktenstück des Kriegsministeriums in der Dreyfus-Angelegenheit, welches vom General Chanoine und Kapitän Cuignet überbracht worden war. — Der Minister des Aeußeren legte in der Kammer einen Gesetzentwurf vor, durch welchen das englisch-französische Abkommen vom 21. März d. J. genehmigt wird und erklärte, er werde mit thunlichster Beschleunigung der Kammer sämmtliche auf das Abkommen bezüglichen Aktenstücke vorlegen. — Die Regierung bereitet ein Gesetz vor, das allen zur Weltausstellung gesandten Zeichnungen, Modellen, Beschreibungen 2c. während der ganzen Ausstellungsdauer und drei Monate darüber den Schutz des französischen Patentgesetzes zubilligt.

Neapel. Das Kriegsschiff „Stromboli", mit dem Admiral Grenet an Bord, ist heute von hier nach China abgegangen.

Brüssel. Der Kongostaat hat seine Zusage zu der Theilnahme an der Pariser Weltausstellung 1900 auf persönliche Initiative des Königs Leopold zurückgezogen.

London. Die „Times" sagt in einem Artikel über deutsches und englisches Zusammenarbeiten in Afrika mit Bezug auf das Rhodes'sche Telegraphenprojekt: Cecil Rhodes betrachte einen billigen Tarif als Vorbedingung zum Gelingen des Unternehmens, und habe von der englischen Regierung entsprechende Zusicherung für einen Theil der Anlage erhalten. Es sei klar, daß auf die deutschen Vorschläge nicht eingegangen werden könne, welche die Wirkung jener egyptischen Konzession für die Gesammtstrecke aufgehoben hätten. Deutschland werde von der Möglichkeit profitiren, die das deutsche Gebiet durchlaufende Strecke zu benützen, aber die Festsetzung der Tarife, insbesondere von Durchgangs-Tarifen, bleibe

Ansichtspostkarten aus unserem Kunstverlags-Institut Ludwig Philippsohn, Albrechtstr. 14.